

10.09.2014

Entschließungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

zum Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

„Pläne zur Einführung einer Pkw-Maut auf allen Straßen stoppen – Schaden für den Wirtschafts- und Lebensraum Nordrhein-Westfalen abwenden“ (Drucksache 16/6631)

„Gegen die Entmündigung des Landes NRW: Schluss mit der bundesweiten City-Maut und alternativen Privatisierungsplänen.“

I. Ausgangslage

Aufbauend auf dem Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU hat Bundesverkehrsminister Dobrindt vor der parlamentarischen Sommerpause eine erweiterte so genannte Infrastrukturabgabe präsentiert. Anders als im Koalitionsvertrag formuliert soll diese nicht nur für die Nutzung der Bundesautobahnen, sondern für alle Straßen, also auch für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen gelten. Diese Straßen wurden allerdings nie vom Bund, sondern von den jeweiligen Straßenbaulastträgern der Länder finanziert.

Diese flächendeckende PKW-Maut kommt einem Eintrittsgeld für Nordrhein-Westfalen gleich, das wir unseren Nachbarn in Belgien und den Niederlanden aufzwingen. Nordrhein-Westfalen allein hat das Recht, darüber zu entscheiden, ob und ggf. in welcher Weise die Nutzung von Nicht-Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen entgeltpflichtig gemacht wird.

Mit der von Bundesverkehrsminister Dobrindt vorgestellten Abgabe können die erforderlichen Mittel zur Sanierung und zum Erhalt der Verkehrsinfrastruktur nicht im Ansatz generiert werden. Auch eine Steuerungsfunktion – beispielsweise im ökologischen oder nachhaltigen Sinne – kann die so dargestellte PKW-Maut nicht erzielen.

Da diese PKW-Maut jedoch jede weitere Bewirtschaftung der Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen unmöglich macht – denn die Nutzung wird dann bereits bezahlt, würde dem Land NRW bei Bedarf jede Möglichkeit genommen, über die Bewirtschaftung der eigenen Straßen zu entscheiden. Dabei hieß es noch im letzten Jahr aus dem Bundesverkehrsministerium auf Anfrage des Tübinger Oberbürgermeisters, Modelle wie eine City-Maut seien eine reine Landesangelegenheit.

Datum des Originals: 10.09.2014/Ausgegeben: 10.09.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Mit der "Infrastrukturabgabe" gäbe es die City-Maut bundesweit. Das stellt einen unzumutbaren Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben des Landes dar.

II. Beschlussfassung

1. Der Landtag stellt fest, dass

- eine bedarfsgerechte Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur mit den zu erwartenden Einnahmen aus der so genannten Infrastrukturabgabe nicht möglich ist,
- Nordrhein-Westfalen allein das Recht hat, darüber zu entscheiden, ob und ggf. wie die Nutzung der Verkehrsinfrastruktur des Landes entgeltpflichtig ist,
- gerade Nordrhein-Westfalen in der Nachbarschaft "mautfreier" Länder in besonderer Weise nachteilig von der PKW-Maut betroffen ist und es schon deshalb zu einer Korrektur der Pläne kommen muss,
- die Einbindung privater Investoren keinen sinnvollen alternativen Lösungsweg darstellt, weil dadurch auf lange Zeit Maut-Einnahmen der öffentlichen Verwendung entzogen und insgesamt die Kapitalkosten steigen würden.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür einzusetzen, dass

- die Bundesregierung von den Maut-Plänen des Bundesverkehrsministers Dobrindt Abstand nimmt und sie als ungeeignet zurückzuweist,
- die Bundesregierung von den Privatisierungs- und Maut-Plänen des Bundesfinanzministers Schäuble Abstand nimmt und sie kritisch hinterfragt,
- die Bundesregierung davon ablässt, sich in die Belange des Landes einzumischen, sondern im Gegenteil anerkennt, dass es allein in die Regelungskompetenz des Landes fällt, die Nutzung von Nicht-Bundesstraßen zu bemaunten oder nicht,
- die Bundesregierung die besondere Benachteiligung Nordrhein-Westfalens durch die geplante Maut oder ähnliche Maßnahmen berücksichtigt,
- die Bundesregierung eine klare Position gegen jegliche Form von verfehlter Bundes-PKW-Maut eintritt, die sich implizit oder explizit gegen die europäische Einheit richtet, indem gerade die europäischen Nachbarn zur Kasse gebeten werden,
- die Bundesregierung sich nicht hinter der Möglichkeit einer juristischen Niederlage der Pläne des Bundesverkehrsministers Dobrindt auf europäischer Ebene versteckt, sondern selbst die entsprechenden Pläne kippt.

Dr. Joachim Paul
Marc Olejak
Oliver Bayer

und Fraktion